Beschluss WP4.3. Armut verhindern und Familien stärken.

Gremium:	LDK
Beschlussdatum:	05.06.2021
Tagesordnungspunkt:	WP4. Wir machen M-V solidarisch!

Text

Familie ist Heimat. Sie prägt uns und gibt uns Wurzeln. Ob Patchwork, Singles, Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche Partner:innen mit und ohne Kinder oder internationale Eltern: Starke Bindungen geben uns wichtigen Halt. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern müssen den Familien daher den Rücken freihalten.

Nahezu jedes vierte Kind in M-V ist von Armut bedroht, bei den vielen Alleinerziehenden und in den kinderreichen Familien liegt dieser Anteil sogar noch höher. Kinder, die in Armut leben, werden auf vielfältige Weise benachteiligt. Hierzu zählen Benachteiligungen in der frühen Kindheit, der Schule und Ausbildung und auch eingeschränkter Zugang zu Kultur und Sport. Bereits ab dem vorschulischen Alter müssen Nachteile verlässlich ausgeglichen werden.

Die Welt wird immer komplexer. Angebote wie Schuldner:innenberatung, Sozial- und Suchtberatung, Unterstützung für Familien, psychosoziale Beratung sowie Hilfe für Frauen und vulnerable Gruppen sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer solidarischen Gesellschaft. Hilfe muss den Menschen dort zugänglich sein, wo sie wirklich gebraucht wird und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Das soziale Beratungssystem in M-V steht auf wackeligen Beinen: prekär finanziert, kaum vernetzt und in den ländlichen Regionen nur schwach vertreten.

Um Armut zu bekämpfen und Familien zu stärken werden wir:

- die Lasten des Klimawandels fair und sozial des Klimawandels fair und sozial verteilen.verteilen.
- ein kostenloses gesundes Mittagessen in Kita, Schule und Hort gewährleisten.
- die Aufstellung zukunftsweisender Beratungsstrukturen zu allen Bereichen der Sozial- und Gesundheitsberatung in den Kreisen und kreisfreien Städten bedarfsgerecht und flächendeckend unterstützen.
- ein vollständiges und erreichbares Beratungsangebot in der Fläche auskömmlich finanzieren. Wir wollen - wo immer möglich- den Ausstieg aus der Projektförderung und eine sinnvolle dauerhafte Förderung prüfen.
- die Zahlung der anzuwendenden Tarife zu 100% ermöglichen.
- die voranschreitende Zersplitterung von Anlaufstellen aufhalten und in zentralen Orten differenzierte Angebote mehrerer Träger für die Hilfesuchende vereinen.
- digitale Beratungsangebote auf- und ausbauen.